



Wo bleibt die Freiheit?

Abgesagte Vorträge, eingeladene Wissenschaftler, hilflose Professoren: Die Universitäten in Deutschland & Volks-Hochschulen haben gerade ein Problem. Was passiert, wenn man dort nicht mehr frei und kontrovers diskutieren kann? Ein Plädoyer für die Streitkultur.

Von R.Steinke, [Süddeutsche Zeitung, 9.1.25](#) [Gesellschaft](#)

Im vergangenen Monat war in Leipzig eine interessante Abendveranstaltung angekündigt. Ein israelischer Historiker sollte sprechen, ein Mann namens Benny Morris, berühmt dafür, dass er in seinem Land einst das Schweigen über die Vertreibung der Palästinenser 1948 gebrochen hat. Die Universität Leipzig, an der ohnehin viel Interessantes stattfindet, hatte den Israeli im Rahmen einer sogenannten Ringvorlesung eingeladen. Das heißt in einer Serie gemeinsam mit anderen Leuten, aus ganz verschiedenen Richtungen, auf Initiative der feministischen Theologin Yemima Hadad. Aber dann wurde Benny Morris kurzfristig ausgeladen. Der Grund: Er sei zu pro-israelisch. Es gebe deshalb Sicherheitsbedenken, erklärte die Hochschule.

Was auf die etwas alberne Behauptung hinausläuft, diese Uni in einer der größten Städte Deutschlands käme nicht mit ein bisschen Kontroverse klar. Mit einer Demonstration. Mit Flyern und Sprechchören. Vielleicht auch mit ein bisschen Polizei, die aufpassen muss. Huch, wie schlimm. Da streicht man lieber gleich die Segel.

... dieser FöV VHS

Benny Morris, der Historiker, ist eine spannende Figur. Bin streitbarer Geist, der von links kommend aus der Sicht vieler Zeitgenossen inzwischen ziemlich weit nach rechts gewandert ist. Vielleicht auf der Suche nach immer neuem intellektuellen Nervenkitzel, wer weiß, vielleicht auch auf der Suche nach den „Tabus“ seines jeweiligen Umfeldes. Nicht unbedingt sympathisch, aber wen kümmert's. Das ist nie ein Kriterium gewesen, wenn es darum geht, ob eine wissenschaftliche Position es wert ist, dass man sie - kritisch - studiert. Man will ja nicht knuddeln, man will etwas lernen. Voneinander, oder auch nur übereinander. Und da gäbe es bei Benny Morris durchaus einiges. Man durfte die Leipziger Studierenden beneiden um die Chance, mit ihm zu streiten.

Überhaupt gehört die Auseinandersetzung auch mit Meinungen, die einem zuwider sind, ja zwingend dazu. Um das eigene Urteil auf die Probe zu stellen, möglicherweise zu schärfen. Und auch, weil man, solange der eigene Geist noch offen ist, nie ganz ausschließen kann, dass auch der andere mal einen Punkt hat - was an der Uni grundsätzlich eine Arbeitshypothese sein sollte. Wie findet man's heraus? Hin zum Vortrag von Professor Morris! Schade, wenn die Uni den dann kurz vorher absagt.

In Leipzig hat der Kleinmut gesiegt. Mal wieder, muss man leider sagen, denn dasselbe ist in den vergangenen Monaten in erstaunlicher Regelmäßigkeit vorgekommen.

Im Frühjahr 2024 hat es Nancy Fraser getroffen, nicht zu verwechseln mit der Bundesinnenministerin von der SPD, die sich Faeser schreibt. Professorin Nancy Fraser also, Amerikanerin, Philosophin, Feministin, war an die Uni Köln eingeladen. Doch dann hieß es in letzter Minute: Sie sei zu israelkritisch. Also genau umgekehrt als bei Benny Morris. Auch sie wurde plötzlich ausgeladen. Der Rektor der Kölner Universität, der Anglist Joybrato Mukherjee, erklärte: Wer Israel, wie die Philosophin Fraser, als ethno-suprematistischen Staat schmähe und zum Boykott aufrufe, für den sei das Rampenlicht einer Kölner Gastprofessur „nicht angemessen“.

Was auf die etwas alberne Behauptung hinausläuft, die klugen Studierenden in dieser ... mündigen Bürger ... Stadt bekämen es nicht auf die Reihe, aus der direkten Auseinandersetzung mit dieser Denkerin noch klüger zu werden. Stattdessen wurden sie, so wohl die stillschweigende Sorge, sofort den Kopf verhext bekommen. **Wie kleine Kinder, die alles nachplappern, was man ihnen vorsagt. Was für ein Unsinn.**

Oder es läuft auf die ähnlich alberne Unterstellung hinaus, eine Uni-Einladung an eine ... FöV / VHS ... Gastwissenschaftlerin sei gleichbedeutend mit einer hundertprozentigen Identifikation mit deren Standpunkten.

Was für ein seltsamer Gedanke. „Die Kommentare einzelner Autoren geben nicht die Meinung der Redaktion wieder“: Das ist ein Satz, den man in Zeitungen früher manchmal las, inzwischen aber nur noch selten liest, weil es sich einfach herumgesprochen hat, dass das eine Selbstverständlichkeit ist.

Ein freier Austausch, eine offene Debatte in einem Forum: Für diese Tageslichtkur ist die Pressefreiheit erfunden worden. Ebenso wie die Wissenschafts- und die Kunstfreiheit. Eine Zeitung hat im Idealfall keine Meinung. Sie hat Meinungen. Eine Uni genauso. **Was man hier sucht, suchen sollte, um daran zu wachsen, ist die Konfrontation, die Reibung. Und sei es nur, um zu begreifen, wie Menschen zu ihrer Gegenmeinung kommen.**

Maria-Sibylla Lotter, Bochumer Professorin für Ethik und Ästhetik, hat im Jahr 2023 den Sammelband „Probleme der Streitkultur in Demokratie und Wissenschaft“ herausgegeben. Sie sagt: *Die Konfrontation mit gegensätzlichen Meinungen sei gerade an Unis wichtig, „damit wir Situation, die eigene Position rechtfertigen zu müssen, nicht wegschieben können. Oft merkt man erst dann, dass man manches noch nicht richtig durchdacht und einige Konsequenzen übersehen hat“.*
In der Komfortzone wächst man nicht.

Es ist bemerkenswert, dass dieser Gedanke in manchen Hochschulleitungen derzeit wieder weniger wichtig genommen wird. **Und das geschieht derzeit so oft, dass dahinter ein wachsendes Problem aufscheint.**
Auch wenn der Kölner Uni-Rektor Mukherjee gleich betonte, die geschasste Philosophin Naney Fraser dürte ja theoretisch weiterhin nach Köln kommen. Nur eben nicht mit seiner Einladung.

**Meist ist es nicht der Staat,
der Debatten verhindert,
es sind schon die Unis selbst**

(Volks-)Hochschulen

Drei Beispiele erzählen von dieser Verzagtheit - und sie alle haben eines gemeinsam.

In Aachen wurde im Dezember 2023 am Lehrstuhl für Architekturtheorie auf Anweisung des Rektors eine Veranstaltung abgesagt. Eine Gruppe jüdischer Studierender hatte der Gastrednerin, die über den Einsatz architektonischer Methoden zur Lösung von Kriminalfällen sprechen sollte, eine Nahe zur Israel-Boykottbewegung vorgeworfen.

Der Rektor **setzte daraufhin ein Zeichen: Er wolle keinen Stress. Die Ruhe vor Beschwerden auf dem Campus war ihm wichtiger als akademische Freiheit.**

Zweites Beispiel: An der Goethe-Uni Frankfurt am Main (an der ich, Transparenzhinweis, Lehrbeauftragter im Fach Jura bin) sollte 2018 der Polizeigewerkschafter Rainer Wendt, CDU, auftreten. Eine Professorin für Ethnologie hatte ihn eingeladen, um im Rahmen einer Ringvorlesung zum Thema Integration zu reden, mit einem Vortrag unter der Überschrift: „Polizeialltag in der

Einwanderungsgesellschaft". Als die Studierenden reges Interesse zeigten, nämlich viel Kritik an Wendt ankündigten, viele Argumente, viel eigene Recherche zu womöglich rassistischen Äußerungen von Wendt sowie auch viele Ideen, wie man ihm scharfe Fragen stellen könnte - da zog die Ethnologin ihre Einladung an Wendt zurück. **Sie hatte dafür nicht die Nerven.**

Und schließlich: In Berlin sollte im Juli 2022 eine Doktorandin der Biologie, Marie-Luise Vollbrecht, einen Vortrag unter der Überschrift „Geschlecht ist nicht (Ge)schlecht - Sex, Gender und warum es in der Biologie zwei Geschlechter gibt“ halten. Dann stornierte die Humboldt-Universität ihren Auftritt im Rahmen der „Langen Nacht der Wissenschaften* kurzfristig. **Der Grund: Kritische Jurastudierende hatten Proteste gegen die aus ihrer Sicht transfeindlichen Positionen Vollbrechts angekündigt. Die Unterstützer der Biologin wiederum hatten Gegendemos angemeldet. Beides völlig legitim. Beides vielleicht sogar gut, eine Chance, eine Debatte ins Real life zu bringen, die sonst oft nur digital geführt wird. Es war die Uni-Leitung, die dafür nicht die Nerven hatte.**

Sicherheitsbedenken.

Alles klar.

Es ist erstaunlich. **Das Problem geht heute nicht so sehr von der staatlichen Obrigkeit aus. Die einschlägigen Gesetze in Deutschland sind gar nicht schlecht. Das Grundgesetz garantiert akademische Freiheit, so steht es in Artikel 5 Absatz 3.** Das heißt: Wer hierzulande die Polizei rufen würde, um sich zu beschweren, weil in seiner oder ihrer Uni krude Ansichten über „Ethno-Suprematismus“ oder über Geschlechter oder andere Dinge zu hören seien, die triggern - der oder die würde sich bloß lächerlich machen. Die Polizei würde mit den Augen rollen. Sie würde wieder abziehen. Niemand verbietet so etwas.

Zugegeben: Die Politik spielt schon auch eine Rolle. Die aktuell zu beobachtende Ängstlichkeit vieler Uni-Leitungen, die miteinander heftig um staatliches und privates Fördergeld konkurrieren und deshalb heute oft lieber mit guten Notendurchschnitten glänzen wollen als mit aufregenden Debatten - diese Ängstlichkeit ist in jüngster Zeit auch durch eine besonders herrisch auftretende Politikerin angefacht worden.

Die Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, FDP, war wohl die illiberalste Inhaberin dieses Amtes seit Jahrzehnten.

Unter ihrer Ägide ließ die Ministeriumsleitung prüfen, ob man Professorinnen und Professoren das Fördergeld streichen könne, wenn deren politische Äußerungen einem nicht passen.

Die Antwort kam schnell: **Nein, natürlich nicht. Wegen des Grundgesetzes**, siehe oben. (Die Ministerin ist dann immerhin öffentlich schnell zurückgerudert.)

Aber das größere Problem kommt heute aus den Unis selbst. **Man muss den Mut haben, sich seines Grundgesetzes, seiner Wissenschaftsfreiheit auch zu bedienen.** Maria-Sibylla Lotter, die Professorin für Ethik und Ästhetik, fasste das Ergebnis vieler Studien kürzlich in der Zeit so zusammen: „Die ideologische Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit findet eher innerhalb der Universitäten statt und geht von der Leitung, der Kollegenschaft oder den Studierenden aus.“ Debatten muss man wollen. Oder man will sie halt nicht. Oft will man sie nicht so gern.

Aus Müdigkeit. Aus der Angst, dass etwas eskalieren könnte. Oder schlicht aus der Sorge, sich unbeliebt zu machen bei jenen, die ignorant sind für den schon erwähnten Satz: „Die Kommentare einzelner Autoren geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.“

Moment: Braucht es nicht auch Grenzen der Debatte? Rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen? Auch an Unis? These: Nein, die braucht es - soweit es um Meinungen geht - eigentlich nicht.

Ein dumpfes Beispiel hierzu hat an diesem Dienstag ein Berliner CDU-Politiker abgegeben. Burkard Dregger, Innenpolitiker seiner Fraktion, echauffierte sich über die Studierenden einer Fachhochschule für Soziale Arbeit. Weil diese einen - legalen - Protest gegen den Gaza-Krieg gestartet hatten, anstatt brav zu büffeln, überlege er schon, bei der Neuverhandlung der Hochschulverträge „für harte Kürzungen“ zu stimmen.

Das ist unsäglich. Aber es ist außerdem ein bisschen sinnlos. Der einstige Chefankläger der Nürnberger Prozesse und spätere Richter des Obersten Gerichts in Washington hat darüber mal fein gespottet:

"Die Vereinheitlichung der Meinungen durch Zwang erreicht nichts außer der Einstimmigkeit der Friedhöfe." Es gibt viele Arten von Friedhofen. Alle sind still.

Was tun? „Maintaining open spaces“, so nennt das der Harvard-Professor Cass Sunstein, ein ehemaliger Berater Barack Obamas. Also etwa: das Offenhalten von Räumen. Sunstein hat gerade ein kluges Buch veröffentlicht, „Campus Free Speech“, Anlass dafür sind die vielen Uni-Proteste auch in den USA. Sunstein ist ein konsequenter Verfechter der Meinungsfreiheit, und gerade deshalb macht er klar: Gewaltdrohungen sind allen dem Campus verboten, egal welche Meinung sie haben. Bin solches Verbot richtet sich nicht gegen eine spezifische Meinung.

Das ist wichtig, auch in Deutschland: An der Humboldt-Universität zu Berlin zum Beispiel, einer der vielen Hochschulen, an denen im vergangenen Jahr Gaza-Protestcamps stattfanden, gibt es kluge Menschen, Sozialwissenschaftler, die zum Thema Antisemitismus forschen und absolut etwas zu sagen hätten, wenn man sie denn ließe - die aber erleben mussten, dass ihre Büros von außen beschmiert wurden, mit dem roten Dreieck, das die islamistische Hamas verwendet, um ihre Gegner zu markieren. Also mit einer unausgesprochenen Gewaltdrohung. Verständlich, dass sich da viele nicht mehr zur Arbeit trauten.

Hier, und erst hier, braucht es Polizei. Um die Wissenschaftsfreiheit zu erhalten. Und auch hier schadet leider immer wieder die Ängstlichkeit deutscher Hochschulleitungen, die stattdessen zögern und zaudern - und damit zulassen, dass zeitweise diejenigen sich durchsetzen, die meinen, man könne eine Debatte „gewinnen“, indem man die Zweifler oder Gegner einfach nicht zu Wort kommen lässt.

Ein Vorsatz, nein ein Wunsch, für das Jahr 2025: Die lilahaarige Studentin aus dem Studiengang Soziale Arbeit, der angehende Jurist mit Palästinenserschal und die Psychologiestudentin mit Israel-Faible strömen alle hin zu genau den Vorlesungen und Gastvorträgen, die ihnen am wenigsten behagen. Sie setzen sich der Challenge aus. Und die Professoren und Uni-Präsidentinnen haben im Gegenzug bitte die Nerven, es auch auszuhalten, wenn der Abend dann lang wird.